Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 71 (1977)
Heft: 2

Artikel: Liegt den Reichen etwas an "Entwicklung"?
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-142629

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

legt den Verdacht nahe, daß die in diesen Jahresberichten enthaltenen Angaben über radioaktive Kontaminationen noch gravierender sind als die hier beschriebenen im Falle Obrigheim und Karlsruhe.

(Hervorhebungen durch die Redaktion «Neue Politik», Hamburg, 15. November 1976)

Liegt den Reichen etwas an «Entwicklung»?

Industrialisierte Länder und internationale Organisationen richteten am 13. Juni 1976 ihre Aufmerksamkeit auf die Schweiz. Es war dies das erste Mal, daß ein fortgeschrittenes Land sich direkt zu einer Frage der Entwicklungspolitik äußern würde. Nach einer Verfassungsbestimmung sollten die Schweizer durch Referendum entscheiden, ob sie der Weltbank den verhältnismäßig bescheidenen Kredit von 200 Millionen Schweizerfranken für die International Development Association (IDA) gewähren wollten. Als trotz der humanitären Traditionen der neutralen Schweiz — trotz aktiver Werbung aller größeren Parteien, der Gewerkschaften und der Massenmedien, der Kredit mit 56 Prozent der Stimmen abgelehnt wurde, bekam der 13. Juni die weniger erfreuliche Bedeutung eines Schocks über die Haltung dieses reichen Landes. Es half nicht viel, daß Kommentatoren darauf hinwiesen, der Grundsatz einer Hilfe an die Entwicklung der zurückgebliebenen Völker sei durch diesen speziellen Entscheid nicht preisgegeben; außerdem hätten nur 34 Prozent der Schweizer sich dazu geäußert. Tatsache war jedoch, daß «die Stimme des Volkes» zu verstehen gab, Leute, die Steuergelder Entwicklungs-Unternehmungen zuwenden wollten, könnten nicht ohne weiteres auf Zustimmung rechnen.

Die Frage erhebt sich nun — ist die Schweiz ein Einzelfall; oder vertreten Bürger anderer reicher Länder, sei es aus Provinzlertum, Selbstsucht oder Unwissenheit ähnliche Auffassungen? Da muß man nun zugeben, daß über die Einstellung breiter Bevölkerungsschichten zur Unterstützung der zurückgebliebenen Völker sehr wenig Zuverlässiges bekannt ist. Nun sind allerdings in den letzten Jahren Umfragen durch Meinungsforschungs-Institute in dieser Richtung durchgeführt worden, die, wenn auch nicht schlüssige Antworten, doch einige interessante Punkte ergeben und im ganzen weniger pessimistisch sind als die schweizerische Abstimmung vermuten läßt.

Unter den Umfragen, die in Belgien, Kanada, Dänemark, Frankreich, in der Bundesrepublik Deutschland, den Niederlanden, Norwegen und den Vereinigten Staaten erhoben wurden, trachten alle danach, den Bruchteil der Bevölkerung zu ermitteln, die grundsätzlich bereit ist, mit den Entwicklungsnationen zusammen zu arbeiten. Andere

interessieren sich für die Haltung von Leuten verschiedener Altersgruppen, Sozialklassen und Bildungsniveaux. Oder man wünscht zu wissen, ob die Bevölkerung des befragten Landes gewillt wäre, größere Opfer zu bringen. Es gab auch Bemühungen, herauszufinden wie gut die Befragten über internationale Probleme informiert waren und von wem sie ihre Information bezogen. Aufträge zu solchen Umfragen erfolgten meist von behördlicher Seite.

Geben oder Nichtgeben

Die Meinungen, ob man den Entwicklungsländern helfen solle und ob man von den reichen Völkern Opfer dafür erwarten dürfe, gehen stark auseinander. Die niedrigste Zustimmungsrate weist Frankreich mit 44 Prozent auf, dann folgt Belgien mit 44,7 Prozent. Eine Mehrheit für Entwicklungshilfe weisen Dänemark und die Bundesrepublik mit je 58 Prozent auf. Kanada ist mit 72 Prozent und Norwegen mit 73 Prozent dazu bereit. Eine Umfrage in USA (1975) gibt 79 Prozent an und eine holländische Freiwilligen Organisation stellt fest, daß 92 Prozent der Holländer der Aufassung sind, die Entwicklungsvölker hätten Hilfe nötig, um mit ihren Problemen fertig zu werden.»

Die schwedische Regierung stellte die Frage, ob Hilfe den Befreiungsbewegungen auszurichten sei, in Ländern, die noch unter Kolonialstatus sind. 32 Prozent haben nichts gegen diese Absicht, während 16 Prozent finden, es komme auf den Charakter der Befreiungsbewegungen an.

Wie viel ist zu viel?

Andere Umfragen suchen zu ermitteln, welchen Umfang die Hilfe der Regierung annehmen sollte, ob man findet, sie sei zu groß, genügend oder zu gering. Eine Mehrheit der befragten Franzosen findet, sie genüge, 53 Prozent der Kanadier würden mehr geben, aber 35 Prozent finden, Kanada sei schon zu freigebig, 46 Prozent der Norweger finden, der gegenwärtige Betrag genüge, 35 Prozent möchten ihn reduzieren oder ganz streichen. Auch in Schweden glauben 56 Prozent die Hilfe genüge, 7 Prozent wollen sie ganz abschaffen. Die selbe Umfrage in Schweden ergab 56 Prozent zugunsten einer Regierungshilfe, 24 Prozent zogen private Unterstützung vor.

Interessant ist, daß eine zusätzliche Frage in Belgien — «Sollte Belgien die Armut im eigenen Land bekämpfen, bevor es Entwicklungsländern hilft?» — ein 67prozentiges Ja erhielt. Ein Bericht im «Stern»-Magazin berichtet Ende 1974 ebenfalls, daß 68 Prozent der Bundesdeutschen im Falle einer Krisensituation die Entwicklungshilfe zuerst gestrichen sehen möchten. In Holland wünschen (laut TV-Abstimmung im Mai 1976) im Fall einer Krise 63 Prozent eine Kürzung der Ent-

wicklungshilfe, während 55 Prozent das Verteidigungsbudget beschneiden, 18 Prozent die Altersrenten und 13 Prozent die Erziehungskosten kürzen würden.

Die Jungen und die Gebildeten

Wie einige Umfragen feststellen, sind junge Leute und solche mit einer höheren Schulbildung der Entwicklungshilfe günstiger gesinnt. So sind 84 Prozent der 14- bis 18jährigen für solche Hilfe. Doch die Zustimmung nimmt mit fortschreitendem Alter ab; von den Deutschen über siebzig sind nur noch 41 Prozent dafür. Zum Vergleich sind in Norwegen 73 Prozent der Jungen für Entwicklungshilfe und auch die Pensionierten — über 65 — sind noch zu zwei Dritteln dafür. Interessant ist noch, daß in der Bundesrepublik weniger als die Hälfte der Jungen mit Volksschulbildung von Entwicklungshilfe etwas wissen wollen.

Die Prioritäten

Einige der Umfragen beschäftigen sich notwendigerweise mit den Motiven für die Förderung der Entwicklungsländer. In diesem Punkt scheint sich eine deutliche Wandlung abzuzeichnen, indem die Idee der Wohltätigkeit der Erkenntnis Platz macht, daß eine unlösbare Verbindung zwischen dem Schicksal der Industrienationen und dem der armen Länder besteht, und daß auf lange Frist Hilfe an die Zurückgebliebenen dem eigenen Land zugute kommt und eventuell einen Schutz darstellt. Franzosen finden, die reichen Länder seien von den Ressourcen der Dritten Welt abhängig. In der Bundesrepublik unterschreiben 71 Prozent die Ansicht: «Gebt den Entwicklungsländern Maschinen, Schulen und Spitäler und morgen werden sie kaufen können was wir produzieren.»!!

Welches die begünstigten Länder der Dritten Welt sein sollen — darüber gehen die Meinungen weit auseinander, ebensosehr wie die verschiedenen Sektoren — Gesundheitspflege, Erziehung, Berufstraining genannt — die das erste Anrecht auf Hilfe haben sollen. Für Belgien lauten die Prioritäten: Landwirtschaft 32 Prozent, darauf folgt Familienplanung 24 Prozent, Industrialisierung 12 Prozent, Schulbildung 11, 9 Prozent.

Ein rotes Band zieht sich durch diese Umfragen und Abstimmungen: Die Zahl möglicher (potential) Befürworter einer internationalen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern ist groß. Man wird sich immer klarer darüber, daß das große Unrechtsverhältnis zwischen Nord und Süd den Norden nicht unangefochten (unscathed) lassen wird. Es gilt nun, diese «schweigende Mehrheit» geheimer Freunde der Dritten Welt zu mobilisieren.